

Rundbrief 3/ 1995

Liebe Spenderinnen und Spender,
liebe Freundinnen und Freunde,

vor die Aufgabe gestellt den letzten Rundbrief dieses Jahres zu verfassen, fragt man sich, ob es besser ist mit der Vorstellung erfolgreicher Projekte zu beginnen oder den politischen Katastrophen, die sie einrahmen. Gerne würden wir mit den Projekten beginnen, und beschreiben wieviele neue Alphabetisierungsschulen, Kindergärten, Frauenbibliotheken etc. seit dem letzten Rundbrief von WADI mit Ihrem Geld eingerichtet wurden. Vor Ort nämlich, ganz beschäftigt mit der Organisation von Baumaterialien und Nahrungsmitteln, glaubt man gerne sich in einer Art Oase mitten im allgemeinen herrschenden Wahnsinn zu befinden. Dabei sind humanitäre Projekte, so effektiv sie auch sein mögen, leider immer mehr Teil dieses Wahnsinns.

Seit sich nämlich Politik davon verabschiedet hat zumindest Lösungen für weltweite Ungerechtigkeit, Armut und Zerstörung zu propagieren und stattdessen wahlweise hilflos ohne oder mit Militär interveniert in "humanitäre Katastrophen", die doch nur Resultat gerade dieser Politik sind, spielen neuerdings Hilfsorganisationen die Rolle der Verwalter vor Ort. Humanitäre Nothilfe soll kaschieren, daß längerfristige politische Lösungen zugunsten der Betroffenen nicht an der Tagesordnung stehen. Deshalb stehen Hilfsorganisationen bzw. Nichtregierungsorganisationen heute so hoch im Kurs. Ein Programm, das nicht nur perspektivlos ist, sondern schon am Tage seines Inkrafttretens materiell nicht tragfähig war. Abgesehen davon, daß es menschenverachtend ist, abzuwarten bis irgendwo die Katastrophe ausgebrochen ist und an die Vertriebenen, Hungernden oder sonstwie Geschlagenen vor laufender Kamera Decken und "Food Rations" verteilt werden, fehlt diesem ganzen konzeptlosem Konzept von Anbeginn eines: Geld.

Irakisch-Kurdistan ist hierfür ein Beispiel, hier begann 1991 die *neue Hilfspolitik*, die ihren Fortgang in Somalia, Ruanda und Jugoslawien fand. Nachdem jahrelang eine politische Lösung verweigert wurde droht das unter Doppelklemme stehende Land im Chaos zu versinken.

Hauptsächlich sind die Menschen weiterhin abhängig von Hilfsgeldern- und projekten, ohne die die Lebensmittelversorgung für Tausende zusammenbrechen würde. Statt aber wenigstens weiter Gelder zur Verfügung

zu stellen wird allenthalben gekürzt. So erfuhr einer unserer Mitarbeiter bei dem jährlichen UN-Treffen zum Irak in Genf, daß zur Zeit nicht einmal 10% der Gelder verfügbar sind, die notwendig wären minimale humanitäre Hilfe im Irak zu leisten.

Wenn Nothilfe zum Dauerzustand wird, ist sie gescheitert. Nothilfe kann keine dauerhafte Entwicklung einleiten, als politisches Instrument mißbraucht, wie im Fall Irak kann sie nichts anderes hervorbringen, als die mittelfristige Fixierung einer katastrophalen Lage. Die Lage verschlechtert sich kontinuierlich, es fehlt an Geld, weil andere Krisenherde mit gleicher Dringlichkeit Hilfe erfordern. Die UN beschreiben heute in ihren Reporten bereits die morgigen Kriseneinbrüche, für die vielleicht übermorgen unzureichende Nothilfsgelder fließen.

Es ist an dieser Stelle unnötig und wenig hilfreich weitere Einzelheiten des diesjährigen UN Berichts aufzuführen, da wohl die Beschreibung von Unterernährung, Flüchtlingslagern, Armut und Analphabetismus, seit sie monoton jeden Morgen in der Zeitung über ein beliebiges Land erscheinen, weniger der Aufklärung und Empörung als der allgemeinen Abstumpfung dient.

Die Alternative "von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen" ist natürlich keine. Denn die Tatsache, daß Hilfspolitik längst ihre karitative Unschuld, so sie diese je besaß, verloren hat, darf kein Argument werden gegen tätige Solidarität mit den Menschen, die nötiger denn je Unterstützung benötigen um ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Hilfsprojekte dürfen nicht zum verlängerten Arm einer irre gewordenen Weltpolitik verkommen, ebensowenig wie sie eine Alternative zu ihr darstellen. Sie tragen ihre Rechtfertigung in sich selbst. In einer Welt, in welcher ein Fünftel der Menschheit vier Fünftel der globalen Ressourcen verbraucht und es weit und breit keine ernstzunehmenden Anstalten gibt dies zu ändern, stellen sie leider augenblicklich eine der wenigen Möglichkeiten dar, diesem Ungleichgewicht zumindest etwas entgegenzusetzen, wenn dies auch noch so unzureichend ist.

Diesem Gedanken fühlen wir uns ebenso verpflichtet wie der Idee, daß man zusammen mit den betroffenen Menschen vor Ort Projekte aufbauen und durchführen kann, die nicht nur akute Not lindern, sondern längerfristige Perspektiven bieten. Unsere bisherige Arbeit in Irakisch-Kurdistan und Jordanien gibt uns dabei recht.

Wir versuchen gezielt Gruppen in der Gesellschaft zu unterstützen, die durch das Netz internationaler Hilfe fallen, wie Frauen, Flüchtlinge und Behinderte. Dieser Ansatz, den wir seit unserer Gründung verfolgen, wurde jetzt in Irakisch

Kurdistan von anderen, größeren Hilfsorganisationen unterstützt, so daß wir unsere Arbeit bedeutend ausdehnen konnten.

Dies war im Sommer, in dem sich wieder zwei unserer deutschen Mitarbeiter in Sulemania aufgehalten haben, trotz der katastrophalen politischen Situation möglich. Denn die allgemeine Lage ist durch Hoffnungslosigkeit gekennzeichnet. Die beiden großen Parteien stehen sich, trotz Waffenstillstandes, weiterhin feindselig gegenüber und verschiedene Friedensinitiativen sind gescheitert. Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. Zudem intervenieren die Nachbarstaaten immer unverhohlen im kurdischen Nordirak, um ihre politischen Interessen durchzusetzen.

International besteht kein Interesse für eine demokratische politische Lösung der Probleme im Irak und in Irakisch-Kurdistan, stattdessen treibt das UN Embargo die Menschen in immer größere Verelendung. Saddam Hussein kann ungehindert die Bevölkerung unterdrücken, vertreiben, ermorden. Der Irak wird inzwischen von der UN als eines der größten Katastrophengebiete der Welt zusammen mit Afghanistan, Somalia, Kambodscha und Ruanda bezeichnet.

Opfer dieser Entwicklung in Irakisch-Kurdistan ist einzig die Zivilbevölkerung, die gleichen Menschen, die vorher unter der Vernichtungspolitik des Saddam Regimes gelitten haben.

Ihnen gilt unser Engagement.